

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

8. Sitzung
am Mittwoch, dem 6. November 1996, 10.00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Jürgen Weber (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

Silke Hars (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Vorsitzende

in Vertretung von Birgit Küstner

in Vertretung von Uwe Eichelberg

Günter Neugebauer (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Martin Kayenburg (CDU)

Landtagsverwaltung

MR Manfred Neil

Weitere Anwesende

Siehe Anlage

Tagesordnung

- 1. Informationsgespräch mit Mitgliedern des Arbeitskreises Wehrtechnik in der Studien- und Fördergesellschaft der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft e.V.**

hierzu: Umdruck 14/188

- 2. Verschiedenes**

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Informationsgespräch mit Mitgliedern des Arbeitskreises
Wehrtechnik in der Studien- und Fördergesellschaft der
Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft e.V.**

hierzu: Umdruck 14/188

Der Sprecher des Arbeitskreises "Wehrtechnik", Herr Hanel, führt auf der Grundlage des Informationspapiers "Wehrtechnik in Schleswig-Holstein" und des Berichtes des Arbeitskreises, Umdruck 14/188, in die Entwicklung des wehrtechnischen Umfeldes und die wirtschaftliche Situation der Wehrtechnik in den Unternehmen in Schleswig-Holstein ein. Dabei betont er, die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und die Haushaltssituation des Bundes hätten in den Jahren 1990 bis 1995 zu einer drastischen Senkung der Rüstungsausgaben geführt. Demgemäß hätten auch die schleswig-holsteinischen Unternehmen im Bereich Wehrtechnik sehr starke Umsatzeinbrüche zu verzeichnen gehabt. Dies habe zu Personalreduzierungen und in den Unternehmen in hohem Maße zu Umstrukturierungen geführt, um sich an die Entwicklung anzupassen.

Zur derzeitigen Situation sei zu sagen - so fährt Herr Hanel fort -, daß man inzwischen eine Konsolidierung in der Wehrtechnik erreicht habe. Wenn man auch den Personalabbau und den Umsatzrückgang in der Gesamtschau der 23 in Schleswig-Holstein im Bereich der Wehrtechnik tätigen Unternehmen mit 4300 Beschäftigten habe auffangen können, sehe man doch mit Sorge auf weitere Reduzierungen des Verteidigungshaushalts, durch die dieser Konsolidierungsprozeß wieder zunichte gemacht werden könne. So eröffne der Rückgang der finanziellen Mittel für Materialerhaltung und Instandsetzungsmaßnahmen nicht gerade eine von Optimismus getragene Perspektive.

In der folgenden Aussprache erklärt Herr Hanel zunächst auf eine Frage der Vorsitzenden, Abg. Schmitz-Hübsch, daß der Zwang zu internationalen Kooperationen allein schon aus finanziellen Gründen erwachse. Wenn der Umfang der Kooperationen auch von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich sei, so zeichne sich hier doch eine Zunahme ab. Mit Blick auf den Verteidigungshaushalt sei zu sagen, daß der investive Anteil zu 70 % auf internationale Kooperationen entfalle. Die Frage der Kooperationen sei aber auch eng mit der Exportfrage verknüpft. Viele ausländische Unternehmen seien nicht Willens, sich an einen Partner zu binden, der im Einzelfall Exportbemühungen unterlaufen oder zunichte machen könnte. Viele Regierungen sähen den Rüstungsexport auch als ein Instrument der Außenpolitik an und wollten die hier liegenden Möglichkeiten auch wahrnehmen. Restriktionen bei den Exportbestimmungen in der Bundesrepublik führten so zum Ausschluß von deutschen Unternehmen aus solchen Kooperationen. Die Bundesregierung sei dringend aufgefordert, hier im Sinne der europäischen Einigung aktiv zu werden, denn leider seien auch die inzwischen vorgenommenen Änderungen bei den Exportbestimmungen noch nicht weitreichend genug.

Auf weitere Fragen der Vorsitzenden, Abg. Schmitz-Hübsch, und von Abg. Müller erwidert Herr Hanel, die amerikanischen Rüstungsunternehmen seien die größten Konkurrenten, aber innerhalb der EU seien sicherlich auch Großbritannien und Frankreich als gewichtige Konkurrenten anzusehen. Mit Blick auf die Konkurrenz sei zu sagen, daß kein Land so wie die Bundesrepublik Deutschland - ausgenommen sei hier allerdings die Schweiz - den Rüstungsexport restriktiv regule. Eine Übertragung der Zuständigkeiten für die Exportbestimmungen auf das Europäische Parlament oder die EU-Kommission könne hier sicherlich für deutsche Betriebe hilfreich sein. Darüber hinaus sollte sich das Land Schleswig-Holstein gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, daß bei der Mittelvergabe durch das Verteidigungsministerium stärker als bisher auf den Proporz geachtet werde.

Herr Eberhard spricht sich als Gegengewicht zur "Clinton-Initiative" dafür aus, das Augenmerk in Zukunft mehr darauf zu richten, daß die neuen Technologien "dual use" seien.

Auf die Frage von Abg. Hentschel, ob die Förderung von Technologie indirekt über Rüstungsaufträge erfolge, erwidert Herr Saeger, daß es aus seiner Sicht eine Technologiesubvention nicht gebe. Eine solche Subvention führte nämlich dazu, daß Entwicklungsergebnisse sofort auch anderen Firmen zur Verfügung stünden. Entwicklungsvorhaben würden deshalb aus eigenen Mitteln finanziert, um den dadurch erhofften Vorsprung auch wirtschaftlich nutzen zu können. Quersubventionen innerhalb von Firmen seien dagegen möglich. - Herr Henning verweist an dieser Stelle beispielhaft auf die Entwicklung der Antriebstechnik für den "Leopard II", die auch in der Bahntechnik realisiert werden konnte. Dieses Produkt habe man mit verhältnismäßig wenig Entwicklungsaufwand umrüsten und verwenden können, was ohne eine Förderung so sicherlich nicht möglich gewesen wäre. - Herr Zimmermann verdeutlicht im folgenden, daß dann, wenn die Bundeswehr etwas im Entwicklungs- oder Forschungsbereich gefördert habe, was letztlich zu Ergebnissen führe, die zum Export gelangten, die Entwicklungskosten prozentual an den Bund zurückzuzahlen seien.

Auf Fragen von Abg. Rodust unterstreicht Herr Eberhard die Bedeutung von Innovationen aus dem militärischen Bereich. Wenn vor diesem Hintergrund der Wegfall der Förderung der Wehrtechnik diskutiert werde, müsse man sich Gedanken über einen anderen Weg der Technologieförderung machen. Der Arbeitskreis fordere - so ergänzt Herr Hanel - eine mit angemessenen finanziellen Mitteln staatlich geförderte Konversion, um so die von der wehrtechnischen Industrie eingeleiteten Diversifikationsmaßnahmen zu unterstützen. - St Dr. Schmid weist abschließend darauf hin, daß 60 % der Konversionsmittel in die betriebliche Konversion flössen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, erinnert an dieser Stelle an die vom Ausschuß beschlossene Anhörung zur Drucksache 14/226, Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg, und teilt mit, daß in Abstimmung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden, Abg. Müller, hierzu zunächst schriftliche Stellungnahmen angefordert werden sollen. Danach solle überlegt werden, ob die Vorlage auch Gegenstand einer mündlichen Anhörung sein solle. Sie

bittet die Fraktionen, ihre Vorschläge für die schriftliche Anhörung innerhalb einer Woche vorzulegen.

Schluß: 11.30 Uhr

gez. Schmitz-Hübsch
Vorsitzende

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer